

Magdeburg auf dem Wege zur Einheit

Komitee zur Bildung der einheitlichen Arbeiterpartei einstimmig beschlossen

Die Spitzenfunktionäre der SPD und der KPD im Bezirk Magdeburg haben am Montagmorgen nach kurzen Referaten des Bezirkspräsidenten Werner Bruschke (SPD), des Bezirksleiters Ernst Brandt (KPD) und des Bezirkssekretärs Hermann Prübenau (SPD) den einstimmigen Beschluß gefaßt, die baldige Vereinigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien durch sofortige Bildung eines gemeinsamen Organisationskomitees zu fördern. Das in der nachstehenden Entschließung namentlich aufgeführte Organisationskomitee hat seine Tätigkeit sofort aufgenommen.

Die gemeinsame Funktionär-Sitzung bestimmte zum Vorsitzenden dieses Komitees den Bezirksleiter Ernst Brandt (KPD) und als seinen Stellvertreter den Bezirkssekretär Hermann Prübenau (SPD). Während diese Zellen in Druck gehen, ist das Organisationskomitee bereits emsig bei der Arbeit. Es verfolgt die Absicht, am Weltfeiertag der Arbeit, am 1. Mai, die endgültige organisatorische Vereinigung der beiden Arbeiterparteien herbeiführen zu können.

Dieser große Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Einheitspartei vollzog sich in der Stadt und dem Bezirk Magdeburg ohne große Reden und mit einer Selbstverständlichkeit, wie sie in wohlhistorischen Momenten an dieser Stätte des Sozialismus immer und zu allen Zeiten üblich gewesen ist.

Die Funktionäre nahmen nachfolgende Entschließung an:

Beschluß

Die am 11. Februar 1946 versammelten Funktionäre der KPD und SPD des Bezirks Magdeburg sind von dem Willen beseelt, den Beschluß der großen Magdeburger Funktionärskonferenz vom 31. Dezember 1945 zur Einheit, begründet auf der Berliner Konferenz am 21. Dezember 1945, in die Tat umzusetzen.

In gemeinsamen Kreisreferaten und Mitgliederversammlungen haben alle Einheiten der beiden Parteien ausnahmslos die organisatorische Vereinigung gefordert. Aus der Erkenntnis, daß die bisherigen Erfolge auf allen Gebieten der Aktionseinheit entspringen, muß der nächste Schritt getan werden.

Die Aufgaben der Arbeiterklasse im Jahre 1946 stehen in nichts denen des Jahres 1945 nach:

Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes durch Sicherung der Frühjahrsbestel-

lung und Ausnutzung jeden Quadratmeters Boden.

Organisation der gegenseitigen Bauernhilfe.

Aufbau und Planung des gesamten Wirtschaftslebens.

Annäherung der Überreste des Faschismus im Kampf gegen alle reaktionären Bestrebungen.

Kampf für die Einheit Deutschlands als Voraussetzung unseres Lebens.

Den Versuchen der Reaktionäre gegen die Aktionseinheit der besten antifaschistisch-demokratischen Kräfte vorzustoßen, stellen wir die Lösung entgegen:

Aufbau und Einheit für Volk und Heimat!

Ebenso wie alle Versuche der Reaktion zur Spaltung des Reiches bekämpft werden müssen, muß das Verhalten Dr. Schumachers im Westen, der die Spaltung der Arbeiterklasse verweigern will, aufs schärfste verurteilt werden.

Träger der antifaschistischen Aktionseinheit ist die Arbeiterklasse. Die organisatorische Vereinigung der beiden Arbeiterparteien wird angesichts aller Aufgaben zu einer zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit. Deshalb fordern

die Funktionäre der SPD und KPD die schnellste organisatorische Vereinigung beider Parteien.

Sie begrüßen deshalb die allerorts aufgenommene Initiative zur Bildung von Organisationskomitees der einheitlichen Arbeiterpartei und beschließen:

1. Zur Sicherung von Einheit und Aufbau,

2. Zur Ausrottung des Faschismus,

3. Zur Wiedererlangung des Vertrauens der freihelliebenden Völker

die Vereinigung beider Arbeiterparteien durch die Bildung eines Organisationskomitees für den Bezirk Magdeburg zu fördern.

Es besteht aus den Genossen:

Werner Bruschke, Ernst Brandt, Hermann Prübenau, Franz Kahmann, Otto Paul, Elsbeth Thiele, Richard Meißner, Paul Blanke, Artur Engel, Otto Schumann, Willi Katurbe, Burg, Hermann Michael, Wanzleben, Reinhold Bormann, Gr.-Ottersleben, Willi König, Schönebeck.

Das Sekretariat wird in einem besonderen Hause seine Arbeit aufnehmen.

Die beiden Parteipersonale behalten ihre Selbständigkeit. Beide Parteien sind aber verpflichtet, die Beschlüsse des Organisationskomitees durchzuführen. Sie fordern alle Kreis- und Ortsleitungen auf, ebenfalls Organisationskomitees auf dieser Grundlage zu schaffen.

Folgende Kommissionen wurden zur Organisation der Arbeiten eingesetzt:

1. Bereinigungskommission.

2. Wirtschaftskommission (Industrie, Bergbau und Verkehr), Wiederaufbau,

3. Agrarpolitische Kommission (Landwirtschaft, Ernährung),

4. Gewerkschafts- und Genossenschaftskommission einschl. Betriebsgruppen,

5. Volksbildungskommission (Kultur- und Schullage),

6. Frauen- und Jugendkommission,

7. Kommunal- und Sozialpolitik,

8. Propaganda und Agitation.

„Nun laßt uns Taten sehen“

Die gemeinsame Sitzung der Magdeburger Spitzen-Funktionäre beider Arbeiterparteien stand unter dem Motto: „Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns Taten sehen!“ Das kam in den kurzen Referaten und in der Aussprache zum Ausdruck. Bezirks-Präsident Bruschke führte einleitend aus, daß er gewiß in der letzten Zeit nicht all zu knapp mit Ämtern beladen worden ist, daß aber dieses Amt im Organisationskomitee das liebste gewesen ist, was ihm aufgetragen werden konnte.

In diesem begeistertesten Sinne für die Arbeit an der Vereinigung sprachen auch die übrigen Redner. Treffend kam das auch zum Ausdruck durch die einstimmige Annahme der Entschließung.

DiedeutscheZwietracht

Sozialistische Einheitspartei als Träger der nationalen Einheit

Deutschland ist und bleibt das klassische Land staatlicher und parteilicher Zersplittertheit. Die Wurzeln des deutschen Partikularismus reichen weit ins tausend Jahre zurück. Den Deutschen fehlte jahrhundertlang die Kraft zur Bildung eines Einheitsstaates. Selbst als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet für das aufstrebende kapitalistische Wirtschaftssystem zur Notwendigkeit geworden war, mangelte dem deutschen Bürgertum die Kraft, um die auseinanderstrebenden Einzelstaaten zu einer geschlossenen staatlichen Einheit zusammenzufassen.

Nicht anders war es auf dem Gebiete der Parteipolitik. Mit mehr als dreißig Parteien, die sich wütend bekämpften, endete die Weimarer Republik in dem diktatorischen Regime des Hitlerismus. Er hat dem deutschen Volk überhäuseres Elend gebracht, das in Jahren noch nicht zu überwinden ist. Dennoch, die Deutschen haben zu einem guten Teil noch immer nichts gelernt, dafür aber alles ver-

SPD-Parteitag

Entscheidung über die Einigung
Berln, 11. Febr. (SNB). In der heute stattgefundenen Sitzung des Zentralausschusses der SPD wurde folgende Entschließung angenommen:

Der Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist nach Beratung mit den Vertretern der Bezirke zu dem Entschluß gekommen, der Mitgliedschaft der Partei alsbald die Einheit der beiden Arbeiterparteien zur Entscheidung vorzulegen.

Der Zentralausschuß wird daher, nachdem die Verhandlungen mit den Vertretern der westlichen Zonen ergebnislos geblieben, daß die Einberufung eines Reichsparteitages auf absehbare Zeit nicht möglich ist, sofort einen Parteitag für die sowjetische Besatzungszone einschließlich Berlin einberufen. Dieser Parteitag, dem Bezirks- bzw. Landesparteitage vorausgehen, soll über eine Vereinbarung der beiden Parteien entscheiden.

gessen, was zu der Not und dem Elend dieser Zeiten führt.

Acht Monate nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges wuchert der Partikularismus und der Separatismus in vielen deutschen Landen wieder üppig empor. Man glaube zum mindesten die monarchistische Gedankenwelt endgültig überwunden zu haben. Auch dies ist ein hoffnungsloser Fehlschuß gewesen. In Bayern hat sich die Königsparthei von neuem konstituiert. Freilich ist diese Gründung wiederum nur der Ausdruck partikularistischer Tendenzen, die in Bayern stets stark in Erscheinung getreten sind.

Während der letzten Wahl sind in Bayern gegen dreißig Parteien aufmarschiert. Das deutsche Bürgertum hat getreulich dort wieder angefangen, wo es Anno 1933 zu Ende ging. Wie soll unter diesen Voraussetzungen die Einheit Deutschlands wieder zustande kommen?

Die deutsche Arbeiterklasse allein ist nun der Garant, der Deutschland zusammenhalten kann. Infolge ihrer einheitlichen soziologischen Struktur streben die wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Schichten nicht auseinander. Selbst zwischen dem städtischen Arbeiter- und ländlichen Proletariat und dem Kleinbauernum sind wesentliche wirtschaftliche und politische Divergenzen nicht vorhanden. Dies um so weniger, da Stadt und Land unter dem Zwang der Verhältnisse immer enger aufeinander angewiesen sind.

Damit ergibt sich von selbst, daß die Garantie für die Einheit des deutschen Gebietes um so größer ist, je fester die schaffenden Schichten des deutschen Volkes organisatorisch zusammengeschlossen sind. Aus diesen Gründen ist die Einheit der deutschen Arbeiterklasse nicht bloß eine parteipolitische Angelegenheit. Sie ist ein Gebot der nationalen Existenz für das gesamte deutsche Volk.

Dessen sind sich breiteste Schichten der Arbeiter und Bauern wohl bewußt. Um so verhängnisvoller ist das Treiben einzelner Gruppen, die um jeden Preis den Zusammenschluß verhindern wollen. Wäre die deutsche Arbeiterklasse nach dem Zusammenbruch des Jahres 1918 einig und geschlossen gewesen, die Geschichte hätte einen anderen Verlauf genommen. Darüber sind sich alle einig, die Gegner der Einheit wie auch deren Verfechter.

Grotewohl vor der Konferenz des FDGB

Eindrucksvolle Abschlusskundgebung für die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung auf der Berliner Tagung

Die Zonenkonferenz der Gewerkschaften hat am Dienstagmorgen mit einer eindrucksvollen Demonstration für die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung ihren Abschluß gefunden. Zunächst hatte Gen. Ubricht (KPD) einen wirkungsvollen Appell ergehen lassen. Er erklärte, nur die Arbeiterreinheit sichert die Einheit der Nation. Danach nahm der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Thüringens, der Gen. Hoffmann, das Wort. Er teilte mit, daß beide Arbeiterparteien Thüringens den Beschluß gefaßt hätten, am 7. April einen Landesparteitag nach Gotha einzuberufen. Jede Partei entsendet 50 Delegierte. Auf dieser Tagung soll der Zusammenschluß für das Arbeitsgebiet Thüringens vorbereitet werden.

Danach ergriß der Gen. Otto Grotewohl das Wort. Er verkündete den an anderer Stelle wörtlich wiedergegebenen Beschluß der Zentralinstanzen der Sozialdemokratischen Partei, wonach binnen kurzem ein Parteitag für den sowjetrussischen Sektor einberufen werden soll. Dieser habe den Auftrag, die Vereinigung zwischen den beiden Arbeiterparteien vorzubereiten. Die Mitteilung des Gen. Grotewohl brachte den Höhepunkt der Verhandlungen des letzten Tages und damit gleichzeitig den Höhepunkt der gesamten Konferenz. Durch die Rede des Gen. Grotewohl wurde eine gewaltige Begeisterung unter allen Delegierten hervorgerufen.

Die Zonenkonferenz der Gewerkschaften endete somit in einer gewaltigen, eindrucksvollen Demonstration für den Zusammenschluß beider Arbeiterparteien, für die Einheitspartei des gesamten deutschen schaffenden Volkes.

Der weitere Bericht über die Tagung der Gewerkschaften folgt auf der 3. Seite.

Hochschulstudium für Antifaschisten

Verordnung des Präsidenten der Provinz Sachsen über Förderung antifaschistischer Wirtskätigter zur Vorbereitung des Universitäts-Studiums

1. Um bis zum Wirksamwerden der Einheitspartei durch die Schulform begabten jungen Menschen aus sozial schlechtesten Schichten des Volkes die Möglichkeit zu geben, sich durch ein Universitätsstudium Voraussetzung zu schaffen, einen ihren geistigen Fähigkeiten entsprechenden Beruf zu ergreifen, werden an der Universität Halle zwei Vorsemester eingerichtet.

2. Zur Teilnahme an diesen Vorsemestern kann sich jeder junge Mensch melden, der a) kein aktiver Nazi oder Militarist gewesen ist und bereits durch aktive Mitarbeit bei Jugendausschuß oder anderen antifaschistischen Organisationen gezeigt hat, daß er am Neuaufbau Deutschlands mitwirken will, b) eine ausreichende Allgemeinbildung nachweisen kann.

3. Die Entscheidung, wer an diesen Vorsemestern teilnimmt, liegt bei einer Prüfungskommission, die sich zusammensetzt aus:

- a) dem Leiter der Universitäts-Abteilung in der Provinzial-Verwaltung,
 - b) zwei Vertretern des Lehrkörpers der Universität,
 - c) einem Gewerkschaftsvertreter,
 - d) einem Vertreter des Jugendausschusses der Provinz Sachsen.
- Die Prüfungskommission wird vom Präsidenten der Provinz berufen.
4. Ziel der Vorsemester ist es, den Teilnehmern einen Bildungsstand zu vermitteln, der der Abiturreife gleichwertig ist. Dies ist nach Abschluß der Semester durch eine Prüfung nachzuweisen, deren Bestehen zum Vollstudium an der Universität berechtigt. Bei Nichtbestehen kann nach einem weiteren Semester die Prüfung einmal wiederholt werden.
5. Unterhalt- und Studienkosten während der Vorsemester wie auch während des Studiums werden aus einem Stipendienfonds bestritten, deren Mittel aufgebracht werden aus:
- a) Etsmitteln der Provinzial-Verwaltung,
 - b) Stipendien der Gewerkschaften und politischen Organisationen,
 - c) Stipendien der Kreis-, Stadt- und Landgemeinden,
 - d) Stipendien der Betriebe,
 - e) Stipendien von Privatpersonen.
6. Es steht den Stiftern von Stipendien sowie den politischen Parteien, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Jugendausschuß und den Volksbildungsämtern der Kreise und kreisfreien Städte offen, von sich aus Teilnehmer zu den Vorsemestern namhaft zu machen. Die Entscheidung über die Zulassung dieser Teilnehmer liegt auch hier bei der Prüfungskommission.

gez. Hübener / gez. Bruschke

Großer Tag im Nürnberger Prozeß

Generalfeldmarschall Paulus, der Vorgesetzte aus der Schlacht um Stalingrad, auf dem Zeugensstand

Bis zum Eintritt der Hitler-Reaktion mochte die Spaltung in zwei Heerlager berechtigt sein, insofern, als scharfe taktische Gegensätze vorhanden waren. Auf der einen Seite das Streben nach der proletarischen Diktatur und die Negation des parlamentarischen Regierungssystems. Gerade die Weimarer Parteien, Sozialisten und Kommunisten völlig einig sind, daß im Angesicht der gemachten Erfahrungen das System der Weimarer Demokratie nicht wiederkehren darf.

Daß sich die Gegensätze von ehemals überwinden werden, und es bleibt nichts übrig, was die Spaltung der Arbeiterklasse weiterhin historisch rechtfertigen kann. Um so verhängnisvoller sind die Bestrebungen, die vor allem im westlichen Sektor in Erscheinung treten, wodurch grundsätzlich die Einigung der deutschen Arbeiterklasse verhindert werden soll. Der Repräsentant dieser Bestrebungen ist Dr. Schumacher, der anscheinend eine Anzahl von Parteiorganisationen in den westlichen Zonen ideologisch beherrscht. Ist sich Dr. Schumacher seiner Rolle bewußt? Erkennt er nicht die Gefahr, die dem gesamten deutschen Volk aus der Zersplitterung der Arbeiterklasse entstehen muß, wenn sie ihre historische Aufgabe der staatspolitischen Zusammenfassung nicht erfüllen kann?

Mag sein, daß im westlichen Sektor, wenigstens in den amerikanischen Gebieten, wo unlangst gewählt worden ist, der Einfluß der Kommunisten als schwach zu bezeichnen ist — aber ist der Einfluß der Sozialdemokraten allzu groß selbst in den Gebieten, wo einer unserer Parteigenossen, Dr. Höpner, als Ministerpräsident die Verwaltung führt? In Bayern haben vor kurzem Gemeinderatswahlen in den Orten bis zu 20 000 Einwohnern stattgefunden. Was ist das Ergebnis gewesen? Die Sozialdemokraten haben bei einer Wahlbeteiligung von durchschnittlich 85 v. H. 56 000 Stimmen aufgebracht. Die Kommunisten haben nur 6 000 Stimmen zu zählen vermocht. Diesen 62 000 proletarischen Stimmen gegenüber stehen 216 000 Stimmen der Christlich-Sozialen Union. Aber damit nicht genug. Neben diesen 216 000 Stimmen der Union, die sich auf 147 000 Stimmen für die Listen von annähernd dreißig Splitterparteien abgeben. Die proletarischen Parteien sind demzufolge in einer hoffnungslosen Minderheit, obwohl — wie schon gesagt — ein Sozialdemokrat an der Spitze der bayerischen Verwaltung steht.

Gewiß sind auch in Bayern die Parteien erst seit kurzer Zeit registriert, dennoch hat es unseren Genossen nichts genutzt, wenn sie völlig getrennt in den Wahlkampf zogen. Die übergroße Mehrheit der bürgerlichen Parteien haben sich trotzdem für die Listen der antiproletarischen Parteien entschieden. Glaubte etwa Dr. Schumacher, daß mit den 368 000 Stimmen, die auf die bürgerlichen Parteien entfallen sind, die Einheit Deutschlands garantiert werden kann? Da gerade die Arbeiterklasse, die den deutschen Staat erhalten haben, bleibt es um so verhängnisvoller, wenn der Kreis um Schumacher seine ablehnende Haltung gegenüber den Einheitsbestrebungen nicht aufgeben oder auch nur einschränken will. Die Folgen davon wird nicht die Arbeiterklasse, sondern das deutsche Volk als Nation zu tragen haben. Die Genossen um Dr. Schumacher werden die Verantwortung tragen müssen, wenn etwa dereinst die Geschichte erneut mit einem „zu spät“ urteilen wird.

Um so größer ist die Verpflichtung für alle

Unterwerfung für die Angelegenheiten und ihre Verhältnisse erschien aus Beginn der heftigen Nachmittagsrede der früheren Generalfeldmarschall Paulus, von der sowjetischen Anklagebehörde sittierte, auf dem Zeugensstand. Das Erscheinen von Paulus löste eine beträchtliche Spannung im Saal aus.

Generalfeldmarschall Paulus war der Mann, der in der Schlacht um Stalingrad mit 91 000 Mann in der 6. Armee in sowjetische Gefangenschaft geriet nachdem er in gehorsamer Befolgung der unverantwortlichen Befehle Hitlers fast 300 000 Mann für ein sinnloses Unternehmen geopfert hatte. Nach der Niederlage am 2. Februar 1943 wurden er sowie alle seine Soldaten von der Goebbelspropaganda totgesagt. Dieser Mann steht nun als Zeuge vor dem Gericht, um die Wahrheit über den verbrecherischen Überfall auf die Sowjetunion der Welt mitzuteilen.

Das Verhör durch Generalleutnant Rudenko

Generalleutnant Rudenko: Was wissen Sie von der Vorbereitung des deutschen Oberkommandos zu einem bewaffneten Überfall auf die Sowjetunion?

Bei meinem Dienstantritt bei der OKH fand ich in meinem Arbeitsbereich u. a. eine noch nicht abgeschlossene Ausarbeitung vor, die einen Angriff auf die Sowjetunion behandelte. Diese operative Arbeit war von dem damaligen General Marx ausgeführt worden. Der Generalstab des Heeres, Halder, wies mir die Weiterführung dieser Arbeit zu, und zwar auf folgender Grundlage: Es soll eine Prüfung der Angriffsmöglichkeiten gegen Sowjetrußland vorgenommen werden. Es war dazu angegeben, daß etwa 130 bis 140 deutsche Divisionen im ganzen für diese Operation zur Verfügung stehen würden.

Von Anfang an war die Ausnützung des rumänischen Gebietes für den Aufmarsch des deutschen Südflügels mit in Rechnung zu stellen. Am Nordflügel war eine Beteiligung Finnlands am Kriege in Rechnung gezogen, sollte aber vorläufig außer Betracht bleiben.

Ferner waren noch als Grundlage für die vorzunehmenden Arbeiten als Absichten des OKW folgende Ziele angegeben: 1. Vernichtung der in Westrußland stehenden Keile der russischen Wehrmacht, Verhindern daß wesentliche Teile der Roten Armee in die Tiefe des russischen Raumes entkommen. 2. Erreichung einer Linie, aus der die russische Luftwaffe nicht mehr wirksam das Reichsgebiet angreifen konnte und aus der man andere Ziele er-

übrigen Schichten des arbeitenden Volkes, die Einheit in geschlossener Front herbeizuführen. Es gilt, alle die Launen mit sich zu reißen, die schon immer aus lauter Bedenken zu einer Entscheidung nicht zu kommen vermochten. Es muß gelingen, die Zersplittertheit der deutschen Arbeiterklasse zu überwinden. Bis zum Jahr 1933 war die Spaltung eine rein proletarische Angelegenheit, heute ist die Zusammenfassung aller schaffenden das Gebot einer politischen Notwendigkeit nicht allein im Sinne der Arbeiterklasse, sondern im Interesse des gesamten deutschen Volkes.

Mehr denn je gilt heute der Mahnruf Ulrichs von Hutten: „Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz.“

Beziehen sie sich die Herbeiführung der Einheitspartei.

Organisationskomitee in Ballenstedt

Am 6. Februar 1946 fanden sich in Ballenstedt 40 Funktionäre der SPD und KPD zusammen, um weitere Schritte zu unternehmen, die den organisatorischen Zusammenbau beider Arbeiterparteien beschleunigen sollen. Genosse Kemper (SPD) eröffnete die Sitzung und teilte mit, daß die Kreisleitungen beider Parteien in Zeit ein Organisations-Komitee der einheitlichen Arbeiterpartei geschaffen haben. Um auch in Ballenstedt eine noch engere Zusammenarbeit der beiden Parteien zu gewährleisten und um recht bald die organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterschaft zu bilden, haben die beiden Kreisleitungen in Ballenstedt beschlossen, gleichfalls ein gemeinsames Organisationskomitee zu bilden. Dieses Komitee soll aus 15 Mitgliedern beider Parteien bestehen und folgende Kommissionen bilden: 1. für die Sozialpolitik, 2. für die Volkswirtschaft, 3. für die Ernährung, 4. für die Volkshilfe, 5. für die Agitation, Propaganda und Schulung, 6. für die Kulturfragen, 7. für die Frauenarbeit, 8. für die Jugendarbeit, 9. für die Kommunalpolitik, 10. für die Gewerkschaftsarbeit, 11. für die Genossenschaftsarbeit, 12. für die Sozialpolitik. Die Kommissionen sollen sich demnächst zur Diskussion. Als erster Diskussionsredner sprach der Gen. Voß. Er betonte, daß der Zusammenschluß der beiden Parteien von unten herbeiführt werden muß und daß wir nicht nur auf Anordnungen von den Zentralinstanzen warten können. In dem Genossen gewählt werden, die rücksichtslos für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse und für die Schaffung einer einheitlichen großen deutschen Arbeiterpartei sind. Leute, die offen oder versteckt die Einigung hinauszögern, können wir nicht gebrauchen. Wenn die Einheitspartei nicht die demokratische Erneuerung Deutschlands im Sinne des Aufbaues einer antifaschistischen demokratischen parlamentarischen Republik. Im Maximum des Programms muß die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterschaft im Sinne der Lehren des konse-

quenten Marxismus dargelegt werden. Wir brauchen es als unsere größte Aufgabe, den schärfsten Kampf gegen die Spalter und Feinde der Einheitspartei zu führen.

Gen. Gerhardt sagte, daß jeder in Zukunft sein innerstes Preisgeben soll. Gen. Buchholz stellte fest, daß durch die Spaltung der Arbeiterparteien Hitler zur Macht gekommen war. Blicke die Spaltung, käme die Reaktion wieder zur Macht. Darum auf alle Fälle Einigung. Gen. Oertel sagte, daß wir alles tun müssen, um die Einheitspartei zum 1. Mai zu schaffen. Nach der sehr lebhaften und erfolgreichen Diskussion wurden folgende Genossen in das Organisationskomitee gewählt:

Zum 1. Vorsitzenden Gen. Karl A. Dolphus, zum Stellvertreter Gen. Kemper. Außerdem die Genossen Basch, Seipp, Pache, Woermann, Voß, Schmidhals, Haarbusch, Linemann, Oertel, Gerhardt, Paetz, Buchholz und Krüger. Es wurde dann folgende Entscheidung von den anwesenden Funktionären angenommen:

Resolution:

Um eine Grundlage zur schnellsten Herbeiführung der organisatorischen Einheit der beiden Arbeiterparteien zu schaffen, haben sich die beiden Parteien herbeiführen Ballenstedt zusammengefunden, um ein Organisationskomitee der einheitlichen Arbeiterpartei zu bilden. Dieses Komitee besteht aus 15 Mitgliedern beider Parteien, die den Auftrag erhalten haben, alles zu tun, um den organisatorischen Zusammenschluß durch gemeinsame Arbeit vorzubereiten. Das Komitee steht unter der Leitung der Kreis-Organisationen beider Arbeiterparteien. Die Beschlüsse sind für alle Orts- und Betriebsgruppen beider Parteien im Kreise bindend. Das Komitee nimmt seine Tätigkeit in einem eigenen Büro auf und bildet Kommissionen, welche die Arbeit beider Parteien voranzutreiben.

An alle Orts- und Betriebsgruppen beider Parteien im Kreise ergeht die Aufforderung, schnellstens dieselben Komitees zu bilden. Als erste und wichtigste Aufgabe betrachtet das Komitee den Kampf gegen alle Feinde der Einheit.

Ballenstedt, den 6. Februar 1946.
Gen. Kemper, Voß, Buchholz, Oertel, Scholz, Basch, Borsch, Pache, Sternberg, W. Adolphs, Haarbusch, Gerhardt, Seipp, Paetz, Schmidhals, Böhndt, Schuster, Baier und weitere 25 Unterschriften.

Nürnberg, 12. Februar (SNB).

Die Ausarbeitung fand Anfang November zwei Kriegsspiele ihren Abschluß, mit deren Leitung der Generalstab des Heeres mit beauftragte.

Im Anschluß an diese Kriegsspiele fand eine Aussprache statt zwischen dem Generalstab des Heeres und dem Generalstabschef der Heeresgruppen, die für den Osten vorgesehen waren.

Im Anschluß erfolgte noch durch den damaligen Chef der Abteilung ein Vortrag über Rußland, wobei zu bemerken ist, daß über irgendwelche Vorbereitungen für einen Angriff von seiten der Sowjetunion gegen Deutschland nichts bekannt geworden war.

Mit diesen Kriegsspielen und Besprechungen fand die theoretische Planung für die Offensive gegen Rußland ihren Abschluß. Unmittelbar darauf, am 18. Dezember 1940, gab das OKW die Weisung Nr. 21 heraus. Dies war die Grundlage für alle militärischen und wirtschaftlichen Vorbereitungen. Beim OKW wie sich diese Verfügung so aus, daß daran gegangen wurde, die Aufmarschanweisung für die Truppe auszuarbeiten.

Diese erste Aufmarschanweisung wurde am 3. Februar 1941 nach einem Vortrag des Oberbefehlshabers des Heeres von Hitler genehmigt und ging daraufhin an die Truppe heraus.

Es folgten noch mehrere Ergänzungen für den Angriffsbeginn hatte das OKW Mitte Mai berechnet. Dieser Termin wurde geändert, als sich Hitler Ende März entschloß, Jugoslawien anzugreifen.

Generalleutnant Rudenko stellt fest, daß die Vorbereitungen zum Überfall auf die Sowjetunion, der am 22. Juni 1941 realisiert wurde, bereits im Herbst 1940 liefen.

Generalleutnant Rudenko: Unter welchen Umständen wurde der bewaffnete Überfall auf die Sowjetunion, der von Hitler, dem OKW und der deutschen Regierung vorbereitet war, durchgeführt?

Paulus: Der Angriff erfolgte nach einem von langer Hand vorbereiteten und sorgsam gefaßten Plan. Die Angriffsgruppen waren zu-

Unbegündete Italienische Sorgen

Rom (TASS). In Pressekreisen Roms wurde man mit der Antwort beunruhigt, welche die Sowjetbotschaft in Rom Mitte Januar der italienischen Regierung erteilte, die angefragt hatte, ob die Entscheidung der Moskauer Konferenz der drei Außenminister betrifft Italien keine Übertretung der Beschlüsse der Berliner Konferenz darstellt.

In der Antwort der Botschaft wird mitgeteilt, daß die italienische Regierung keinen Grund habe, sich in dieser Angelegenheit zu beunruhigen, denn die Beschlüsse der Moskauer Konferenz bildeten eine natürliche Folge der Berliner Beschlüsse der drei Regierungen. Ferner teilte die Sowjetbotschaft in ihrer Antwort mit, daß wesentliche Vertreter mit Italien geprüft werden wird, die italienischen Vertreter die volle Möglichkeit haben werden, den italienischen Standpunkt über die Fragen, die Italien interessieren, auseinandersetzen.

Man betont, daß die italienische Presse bis jetzt nichts über die Antwort der Sowjetregierung veröffentlicht hat.

Paris (SNB). Das französische Kabinett hat beschlossen, Französisch-Togo und Französisch-Kamerun der Treuhänderschaft der Vereinten Nationen zu unterstellen.

Ueber die Niederwerfung Japans

Beschlüsse der Krimkonferenz vom 11. Februar 1945

Moskau, 11. Februar 1946 (SNB). Im folgenden wird der Text des Uebernehmens der drei Großmächte über den Krieg im Fernen Osten veröffentlicht.

Wie bereits mitgeteilt, wurde während der Krimkonferenz am 11. Februar 1945 ein Ueber-einkommen bezüglich der Teilnahme der Sowjetunion am Krieg gegen Japan unterzeichnet. Im Ergebnis eines in letzter Zeit stattgefundenen Meinungsaustausches zwischen den Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien wurde vereinbart, daß das Ueber-einkommen am 11. Februar, um 5 Uhr nachmittags Moskauer Zeit gleichzeitig in Moskau, Washington und London veröffentlicht werden wird.

Im nachstehenden folgt der Text des Ueber-einkommens:

„Die Führer der drei Großmächte, der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens, vereinbarten, daß zwei bis drei Monate nach der Kapitulation Deutschlands und der Beendigung des Krieges in Europa die Sowjetunion auf seiten der Alliierten in den Krieg gegen Japan eintritt unter folgenden Bedingungen:

1. Aufrichterhaltung des status quo der Äußeren Mongolei, der Mongolischen Volksrepublik.

2. Wiederherstellung der Rußland zustehenden Rechte, die durch den vorbrüchigen Überfall Japans im Jahre 1904 verletzt wurden und zwar a) Rücksetzung des südlichen Teils der Insel Sachalin und aller anliegenden Inseln an die Sowjetunion, b) Internationalisierung des Handelshafens Dairen unter Sicherung der Vorzugsinteressen der Sowjetunion in diesem Hafen und Wiederherstellung der Pacht von Port Arthur als Kriegslottenstützpunkt der

nächst in der Tiefe des Aufmarschraumes aufgestellt und trainiert auf der ganzen langen Front von Rumänien bis Ostpreußen, den finnischen Kriegsschauplatz ausgenommen, zur gleichen Zeit zum Angriff an.

Ein großes Täuschungsunternehmen, das von Norwegen und der französischen Küste aus organisiert wurde, sollte die Absicht einer Landung in England im Juni 1941 vorführen und damit die Aufmerksamkeit vom Osten abwenden.

„Aber nicht nur für die operativen, sondern auch für die taktische Überraschung waren alle Maßnahmen getroffen. Z. B. gab es ein Verbot der sichtbaren Aufklärung an und über die Grenze. Das bedeutet einerseits, daß man mögliche Verluste durch Verzögerung an Aufklärung in Kauf nahm, andererseits, daß man eine Überraschung durch den Gegner nicht befürchtete. Alle diese Maßnahmen zeigen, daß es sich hier um einen verbrecherischen Überfall handelt.“

Generalleutnant Rudenko: Können Sie die Ziele des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion erläutern?

Paulus: Die Zielsetzung, die weit über die deutschen Kräfte hinaus, charakterisiert an sich schon die Maßlosigkeit und Eroberungspolitik Hitlers und der nationalsozialistischen Staatsführung. Strategisch hätte das Erreichen dieses Zieles die Zerschlagung der Streitkräfte der Sowjetunion bedeutet. Wie sehr es Hitler auf die Gewinnung dieses zentralen Zieles in diesem Krieg ankam, dafür kann ich ein Beispiel an geben, das ich persönlich erlebt habe.

Am 1. Juni 1942, gelegentlich einer Besprechung der Oberbefehlshaber im Bereich der Heeresgruppe Süd in Pottawa erklärte Hitler: „Wenn ich das Öl von Maikop und von Grosny nicht bekommen, dann muß ich diesen Krieg liquidieren.“

Für die wirtschaftliche Ausnützung der eroberten Gebiete waren die Wirtschafts- und Verwaltungsorganisationen schon lange gebildet und bereitgestellt worden. Zusammenfassend möchte ich sagen: die genannte Zielsetzung bedeutete die Eroberung der russischen sowie Kolonisation und deren Ausnützung und Ausbeutung, um den Krieg im Westen mit dem Ziel der endgültigen Aufrichtung der Herrschaft über Europa zu Ende zu führen.

Generalleutnant Rudenko: Wer von den Angeklagten war aktiv Teilnehmer an der Entwicklung des aggressiven Krieges gegen die Sowjetunion?

Paulus: Von den Angeklagten sind das die ersten militärischen Berater Hitlers: Keitel als Chef des OKW, Jodl als Chef des Wehrmachtsführungstabes und Göring in seiner Eigenschaft als Reichsmarschall, als Oberbefehlshaber der Luftwaffe und als Bevollmächtigter der Rüstungswirtschaft.

Generalleutnant Rudenko: Schließe ich richtig aus Ihren Aussagen, daß lange vor dem 22. Juni die Hitlerregierung und das OKW einen aggressiven Krieg gegen die Sowjetunion geplant haben, zum Zwecke, diese Territorien der Sowjetunion zu kolonisieren?

Paulus: „Es unterliegt für mich keinem Zweifel nach der ganzen Entwicklung, wie ich sie geschildert habe.“

Auf Antrag der Verteidigung wird das Kreuzverhör des Zeugen Paulus bis morgen früh verschoben.

Zwangsarbeit für Quislings „rechte Hand“

Oslo (SNB). Ein Reuter-Bericht meldet, daß Tormod Hustad, der Minister und die „rechte Hand“ Quislings war, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt wurde. Darüber hinaus wurden die Beschlagnahme des persönlichen Vermögens Hustads in Höhe von 150 000 Kronen und der Verlust der Bürgerrechte auf Lebenszeit verfügt.

Ueber die Niederwerfung Japans

Beschlüsse der Krimkonferenz vom 11. Februar 1945

Sowjetunion; c) Gemeinsame Nutzung der Ostchabah und der Südmandschurischen Eisenbahn, die den Verbindungsweg nach Dairen darstellt, auf Grundlage der Organisation einer gemischten Sowjetisch-chinesischen Gesellschaft, unter Sicherung der Vorzugsinteressen der Sowjetunion. Hierbei wird im Auge behalten, daß China in der Mandschurei seine volle Souveränität bewahrt.

3. Uebertragung der Kurilen an die Sowjetunion.

Es wird angenommen, daß das Ueber-einkommen bezüglich der äußeren Mongolei und der obengenannten Häfen und Eisenbahnen die Zustimmung des Generalissimus Tschengkaltschek erfordern wird. Auf Rat Marschall Stalins wird der Präsident Schrittte unternehmen, daß eine solche Zustimmung erhalten werde.

Die Häupter der Regierungen der drei Großmächte können überein, daß diese Forderungen der Sowjetunion unbedingt nach dem Sieg über Japan erfüllt werden müssen.

Interessiert drückt die Sowjetunion ihre Bereitwilligkeit aus, mit der nationalen chinesischen Regierung einen Freundschafts- und Bündnisvertrag zwischen der Sowjetunion und China abzuschließen, um China mit seinen Streitkräften Hilfe bei der Befreiung Chinas vom japanischen Joch zu gewähren.

Unterschieden:

Stalin, Franklin Roosevelt, Winston Churchill“

11. Februar 1945.

Verlag und Druck: „Volksblatt“, Druckerei und Verlags-gesellschaft, Halle, G. Braunsstr. 16/17, Tel. Nr. 7991, Chefredakteur Hugo Sempa. Vertriebsstelle: Halle-S., G. Braunsstr. 16/17, Telefon: Sammel-Nr. 7991 und 848 08. Abbestellungsfrist 22 Uhr.

Die Saale führt Hochwasser

Die Schneeschmelze und die Regengüsse der letzten Tage haben die sooft so gerühmte Saale zu einem reißenden Fluß werden lassen.

Die Saale ist so stark angeschwollen, daß die Schiffsbrücke zwischen dem Stadteil Giebichenstein und Kröllwitz erneut ausgefahren werden mußte.

Einstufung in die Lebensmittelkarten-Gruppen

Das Amt für Handel und Versorgung teilt mit, daß die Arbeitsbescheinigungen für die Einstufung der Verbraucher in die Lebensmittelkarten-Gruppen für den Monat März bis zur Ausstellung der Hausliste, am Sonntag, dem 16. Februar, vorliegen müssen.

Wichtige Fahrplanänderung

An Stelle eines ausgefallenen Zugpaars verkehren wieder werktags: P.503 Leipzig ab 15.00, Falkenberg an 17.24, Kottbus an 20.29 Uhr.

Nach wie vor verkehrt der Triebwagen-Schnellzug D 353 dienstags, donnerstags, sonntags Halle ab 6.40 Uhr, Leipzig ab 7.04 Uhr, Falkenberg an 8.10 Uhr, Kottbus an 11.16 Uhr, und am gleichen Tage zurück: Kottbus ab 14.22, Falkenberg ab 16.25, Leipzig an 18.13 Uhr.

Die Personenzüge werden werktags bis und ab Aschersleben durchgeführt (Halle ab 14.30, Aschersleben ab 17.01) Auf die Vorverlegung der Abendverbindung Halle-Bernburg, jetzt Halle ab 18.32, künftig ab 17.25 wird hingewiesen.

Verlegung der Dienststelle des Wirtschafts-Beauftragten. Die bisherige Dienststelle des Wirtschafts-Beauftragten, Cleariusstraße 7, Zimmer 30, ist nach der Rathausstraße 4, Eingang Kl. Steinstr., verlegt worden.

Für die Einheit Deutschlands

sprechen die Vertreter der vier antifaschistischen Parteien von Halle (Saale), am Sonntag, dem 17. Februar 1946, 9.30 Uhr, in einer

Massenkundgebung im Volkspark

gegen den Separatismus und Föderalismus.

Zu diesem Bekenntnis für Deutschland unter aller Vaterland rufen auf

die CDU Knobling, die SPD Bernhardt,

die LPD Leuschel, die KPD Härtel.

Aus der Arbeit des Kulturbundes

Tätige Mitarbeit weiterer Kreise in Arbeitsgemeinschaften

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands hat sich die Aufgabe gestellt, die Vernichtung der Nazidologie auf allen Lebens- und Wissensgebieten durchzusetzen und stattdessen die Verbreitung der Wahrheit und die Wiedergewinnung objektiver Maße und Werte unter Einbeziehung der geistigen Erbschaften anderer Völker auf breiterer Grundlage durchzuführen.

Um eine möglichst in die Breite und Tiefe gehende Wirkung zu erzielen, will der Kulturbund namentlich in Arbeitsgemeinschaften, das heißt durch tätige Mitarbeit breiter Kreise die Durchführung dieser Pläne herbeiführen.

Zu Beginn dieser neuen Arbeitsrichtung des Kulturbundes soll die biologische Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen werden. Um einen möglichst großen Kreis daran interessierter Volksgenossen aus allen Berufen mit der geplanten Arbeit bekanntzumachen, findet am Donnerstag, dem 14. Februar, um 19 Uhr, im Hörsaal des Zoologischen Instituts der Universität, Domplatz 4, ein Vortragsabend statt.

von überheblicher Feilkritik freimachen und darüber hinaus vielfach Anregung für eigene Schaffen aufnehmen kann.

Am Freitag, dem 22. Februar, wird die literarische Arbeitsgemeinschaft unter Leitung des Herrn Bezirkspräsidenten Dr. Berger mit einem literarischen Gespräch, das sich auf vorhandene Originalbriefe von Gerhart Hauptmann, Dehmel, Bötsche, Bierbaum, Hartleben, Hofmannsthal und anderer zeitgenössischer Dichter stützen wird, ihre Tätigkeit aufnehmen.

Lutherfeier der Stadt Halle

In Verbindung mit dem Kulturbund der demokratischen Erneuerung Deutschlands anlässlich Luthers 400 Todestages, am 18. Februar, Morgenfeier am Sonntag, dem 17. Februar, um 12 Uhr, in der Aula der Universität, Ansprachen — Dichtung — Musik, Mitwirkende: Institut für Kirchengeschichte, Chor der Universität, Orgel, Orgelbegleitung, Orgelbegleitung, Orgelbegleitung.

Musik und Dichtung um Luther am Montag, dem 18. Februar, um 19 Uhr, im Friedemann-Bach-Saal des August-Bebel-Hauses, Kardinal-Albrecht-Straße 6.

Première „Die Dame Kobold“

Am kommenden Freitag, 18.30 Uhr, findet im Theater der Stadt Halle die Premiere des Stückes „Die Dame Kobold“ von Don Pedro Calderon de la Barca in der deutschen Nachdichtung von Hans Schlegel statt.

Organisationsbüro für Genossenschaften

Auf Grund des Befehls des Obersten Chefs der SMA, Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Nr. 176 vom 18. Dezember 1945, betreffend Wiederaufnahme der Tätigkeit der Verbrauchergenossenschaften in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, wird das gegründete Organisationsbüro für die Genossenschaften in der Provinz Sachsen mit folgender Zusammensetzung bestätigt:

Lucht, Gerhard, Halle (Saale), Tschrch, Georg, Halle (Saale), Saup, Paul, Weißenfels, Petermann, Albe, Bitterfeld, Speer, Walter, Magdeburg, Wittenberg, Gustav, Halle (Saale), Keffler, Karl, Eisleben, Kühnert, Albert, Dessau, Kersten, Gustav, Magdeburg, Grub, Paul, Halle (Saale).

Das Organisationsbüro erhält alle im Befehl Nr. 176 der SMA enthaltenen Vollmachten und ist unter der Aufsicht des Präsidenten der Provinz Sachsen (Abteilung Handel und Versorgung) verantwortlich für die in dem Befehl Nr. 176 der SMA des Obersten Chefs der SMA, Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, und die in dem Befehl Nr. 15 des Chefs der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen vom 13. Januar 1946 gegebenen Anordnungen.

Halle (Saale), den 5. Februar 1946.

Der Präsident der Provinz Sachsen gez. Hübener, Der Erste Vizepräsident gez. Siewert.

Schnellzüge Leipzig—Magdeburg

Die Reichsbahndirektion Halle teilt mit: Es wird immer wieder festgestellt, daß zwischen Leipzig und Magdeburg verkehrenden Triebwagen-Schnellzüge von Reisenden verbotswidrig mit umfangreichem und ungemüßem Gepäck bestiegen werden, die dabei Verletzungen und Schäden an der Wageneinrichtung, besonders Fenstern, hervorgerufen. Nach mehrfachen Anordnungen dürfen diese Züge grundsätzlich nur von solchen Reisenden benutzt werden, die nur kleines Reisegepäck mit sich führen.

Wetterbericht vom 13. Februar

Vorhergabe, gültig bis 14. Februar, abends: Nachts heiter, tags meist heiter bis wollig und trocken. Temperaturen nachts zwischen 0 und — 5 Grad, am Tage über Null. Mäßige Winde aus nördlichen Richtungen.

Ausstellungen Die nächsten Tage: Forstbestand des lichten Prostrawetters SA am 14. Februar: 7.29, 8U: 17.23, MA: 15.11, MU: 6m 15. Februar: 7.35 Uhr.

FLICK, FLOCK, FLAUM, DIE ZWERGE



Brennholz zu besorgen zogen aus am Morgen uns're Drei. Sie fanden gar einen Ast, der trocken war.



Bald stand froh und heiter Flaum hoch auf der Leiter, freute sich, wie's Sägendem hurtig immer tiefer ging.



Bis er nach dem Aste ganz verzweifelt laßte, der sich sehr bedencklich bog und ihn mit nach unten zog.



Flock, den Leidsgenossen, hat das schwer verdrossen und er schmpfte auf den Flaum. Der schob alles auf den Baum.

Volksblatt

Wochenzeitung für Kinder in der Provinz Sachsen

Jahrg. 1946

Mittwoch, 13. Februar

Nr. 7

Seltene Gäste im Bergwald

Vor dem Tannenwalde und Eis baut er im Wipfel tragen, noch einen geraden lag der Schnee noch in ziemlicher Menge, auch die Mittagsonne hatte ihn noch nicht fortgebracht.

Neulich hat der starke Wind die vielen Tannen umgebrochen und nun liegen sie da! Fleißige Hände haben sie vor einigen Tagen ganz abgehauen und geschält Da, was war das?

Oben auf dem Tannenwipfel sitzt ein roter Flick, ein graubrauner mit grünlichem Flimmern ist das zu sehen. Jetzt kommt das seltsame Farbenspiel etwas tiefer, fliegt geschickt auf eine niedrige Fichte, wo auch Zapfen sind, und turmt im Wipfel auf und ab. Da, der Rote hängt an einem Tannenzapfen und biegt geschickt mit dem seltsamen Schnabel die Schuppen des Zapfens auseinander; dann hängt er mit dem kleinen Köpchen nach unten. Nun turmt er wieder nach oben. Der andere Partner macht dieselben Kletterkunststücke.

Dieses seltsame Pärchen, das hier sein Liebespiel treibt, ist der Fichtenkreuzschnabel. Er liebt das Seltsame. Er sitzt in Schnee

Die drei sind kerngesund!

Und weil sie kerngesund außen, dann die Finger sind, müßt ihr alle es ihnen jäubern, schnell noch nachmachen. Ja, was man eine Freibüßung und chen sie denn? Weiter dann erst in das Zeug hinein, als morgens punkt-ein. Diese drei lachen die



lich aufstehen, sich den Gippé aus, wenn sie ihnen ganzen kleinen Körper kal zu nahe tritt, sie spottan abwaschen, dann kräftig jeder Krankheit, und ihr die Zähne putzen mit der jeden Tag ebenso macht, innen und jeden Tag ebenso macht.

Sangerrhäuser Nachrichten

Die Eröffnung des Volkslehrerkurses fand im Rahmen einer musikalisch ausgeschmückten Feierstunde im Zentral-Theater statt.

Nachdem Bürgermeister Elisabeth Pätz die Versammelten im Namen der Stadtverwaltung begrüßt und ihrer Ausbildung einen guten Verlauf gewünscht hatte, fanden die praktischen Fragen des Lehrganges eine ergebnisreiche Aussprache.

In Kelbra fand eine öffentliche Versammlung der Alt- und Neubauern statt. Im Verlaufe der Versammlung hielt ein Melkerwandler einen interessanten Lichtbildvortrag über das Melken, in dem die Fehler aufgezeigt wurden, die manchmal begangen werden.

Boßfeld. Der Veranstaltungsdienst Merseburg führte in Zusammenarbeit mit dem antifaschistischen Ausschuss einen Abend unter dem Titel 'Operette und Tonfilm' durch.

Liebe Kinder!

„Es stand einmal in der Kinderzeitung, daß wir lieber Aufsätze machen sollen als Gedichte schreiben. Nun, ich werde die Freiheit besitzen, und doch eines schicken“.



Gegen nasse Füße

Jetzt ist die Zeit, da man oft nasse Stiefel und Füße bekommt. Deshalb tut ihr gut, wenn ihr an Tauwettertagen eure Stiefel zuhause sofort auszieht und mit gelbem Zeitungspapier ausstopft.

Strupp war krank

Strupp war seit Tagen nicht richtig auf der Höhe. Er fraß nicht und trank nicht. Sein betrübnis Gesicht änderte sich nicht.

Die Redaktion.

Der Streit im Küchenschrank

In einem Küchenschrank standen ein Stoß Porzellanteller und ein Stoß Blechteller. Der Schrank war so voll, daß zwischen dem Geschirr ein großes Gedränge herrschte.

Wozu haben wir einen Wecker?

Peter kommt in das Schlafzimmer und nimmt den Wecker von Mutters Nachttisch. Die Mutter fragt, was er damit will.

Vom Februar

Der Februar, der Februar, der zweite Monat ist im Jahr, bringt Regen, Schnee und Sonnenschein.

Frühjahrsbestellung entscheidet alles

Die in Merseburg tagende Bauern-Delegiertenkonferenz eröffnete Landrat Gen. Grimm. Er stellte vor den Teilnehmern nochmals die Wichtigkeit der Angelegenheit im Zeichen der Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes und damit des Wiederaufbaues klar heraus.

Der Referent führte aus, daß dieses Jahr das Jahr der Entscheidung wird zwischen finsterner Reaktion und der fortschrittlichen kämpferischen Demokratie. Die Lösung für die kommenden Wochen ist: So wie wir sind, wird auch die Welt sein.

Kreis Quedlinburg kommt zu Dessau

Bezirkspräsident Delst, Dessau, hatte die Landräte der Kreise Quedlinburg, Calbe und die Oberbürgermeister der Städte Quedlinburg und Ascherheide zur Eingliederungsverhandlung am 30. Januar 1946 nach Dessau berufen.

Nachrichten aus Halberstadt

Baustoffe aus Bombenschutt Der an den Straßenrändern der zerstörten Stadtteile liegende Schutt wird jetzt mit optimistischen Augen betrachtet, nachdem zur Beschleunigung des Neuaufbaus hervorragende bautechnische Maschinen für Halberstadt zur Verfügung gestellt worden sind.

Diese Spezialkonstruktionen für den Städtebau auf Bombenschutt haben sich in anderen zerstörten Städten bereits sehr gut bewährt. So kann z. B. die transportable Steinbrechanlage täglich aus dem Rohstoff Schutt 60 cm Split herstellen.

In Halberstadt sollen aus Ziegelsplitt-Beton vorwiegend Großbauplatten zum Einsetzen neuer Wände und für Fußböden hergestellt werden.

über die Bodenreform und über die Säuberung der Verwaltung. Für die Provinzialverwaltung sprach Dr. Dr. Gericke und ging dabei besonders auf die vorzunehmenden Grenzberichtigungen ein. Die Provinzialverwaltung ist bestrebt, auf diesem Gebiet allen berechtigten Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Einige Referenten sprachen über aktuelle Fragen und Gegenwart. Außerdem dieser Verhandlung fanden noch eingehende Besprechungen mit den Leitern der Straßenverkehrsämter, ferner der Aemter Handel und Versorgung, Wirtschaft und Ernährung statt.

neuer Wände und für Fußböden hergestellt werden. Der bei dieser Produktion anfallende Staub wird unter Bemischung von Kalk zu hochwertigem Mörtel verarbeitet.

Werktätige bauen Eigenheime

Mehrere hundert Halberstädter Werkstätige gehen jetzt nach Feierabend und an Sonntagen daran, sich durch Selbstbau am Stadtrand Eigenheime zu schaffen. Von der Stadtverwaltung wurden dafür nicht nur die Bausteine zur Verfügung gestellt, sondern auch Mittel und Wege gefunden, den aktivsten Mitarbeitern am Neuaufbau schwer beschaffbare Fertigteile, wie Dachkonstruktionen, Türen und Fenster zu liefern.

Aus der Parteiarbeit

Werchen-Kautschin. In der ersten gemeinsamen Mitgliederversammlung der SPD und KPD wurde von den beiden Vorsitzenden ausführlich über die Frage des kommenden Zusammenschlusses der beiden Arbeiterparteien referiert. Es wurde den Versammelten deutlich vor Augen geführt, was für die Arbeiterschaft auf dem Spiele steht, wenn der Zusammenschluß nicht so schnell als möglich stattfindet.

Münchenberg Auf der Generalversammlung des Ortsvereins sprach Gen. Brunnhauer über die in Bad Liebenwerda stattgefundenen gemeinsame Funktionsärzterung der SPD und KPD, in welcher einstimmig der Zusammenschluß zur Einheitspartei gefordert wurde.

Frauenversammlung in Münchenberg Die vom Ortsverein der SPD einberufene Frauenversammlung war wider Erwarten gut besucht. Im Verlaufe der Versammlung sprach Genossin Wollitz. Sie wies den Frauen in ihrem Referat den Weg, der heute zu gehen ist, indem sie die Arbeit der Frau, die im Kriege geleistet wurde, mit der Arbeit von heute verglich.

Wolten. Im großen Klinking-Saal sprach die Genossin Schröder in einem Vortrag über ihre Erfahrungen im Konzentrationslager Theresienstadt. Die interessanten Ausführungen veranlaßten einige andere Genossen, gleichfalls ihre Erlebnisse in Gefangnissen und Lagern des Nazistystems zu schildern.

keine Behelfswohnungen, sondern wohnhygienische Einfamilienhäuser sein. Die Grundfläche wurde auf 50 qm festgelegt.

Wenn auch der Kleinheimbau für die Behebung der allgemeinen Wohnungsnot — im großen Stil durchgeführt — unrationell ist, so stellt er in diesem Rahmen einen ersten erfolgreichen Beweis der Initiative vieler Arbeiter und Handwerker dar.

Besuch im Zoo

Mein liebster Weg im Zoo ist der zum Affenhaus hin und her. Da kam aber auch schon der Wärter, dem die Besucher den Ausstieg des Affen gemeldet hatten, und fing den Affen wieder ein, und zwar mit einem Seil.



„So haben wir im Affenhaus gelacht!“

Dieses Erlebnis war für mich eine Lehre, die alle Kinder beherzigen sollten: Ich werde nie solche unüberlegten Streiche ausführen, die das größte Unheil zur Folge haben können.

Opas Regenschirm

Der kleine Peter besuchte heute in den Park und sah täglich im nahen Park einen Spielgefährten, ein Eichhörnchen. Es war ganz zahm und sprang immer lustig um den Jungen herum.

Kaum war die Mutter in die Küche gegangen, nahm er auch schon den großen schwarzen Regenschirm aus dem Ständer und schlich sich damit auf die Straße.

Die Leute auf der Straße wunderten sich nicht wenig über den kleinen Jungen mit dem aufgepumpten großen Regenschirm.

Erst weiß wie Schnee, dann grün wie Klee, dann rot wie Blut, schmeckt allen Kindern gut.

Wer kann rechnen? Ein Vater ist 40, sein Sohn 10 Jahre alt. Nach wie vielen Jahren wird der Vater dem Sohn gleich sein?

Ich bin ein kleiner Teil von dir, Auch hat mich jedes Stoppertier, Mein Vater ist 40, sein Sohn ist 10, Und niemand schlechter zu ihm ist, Ich bin ein kleiner Teil von dir, Auch hat mich jedes Stoppertier, Mein Vater ist 40, sein Sohn ist 10, Und niemand schlechter zu ihm ist, Ich bin ein kleiner Teil von dir.

Peterchen bekam immer größere Mühe, den Schirm zu halten. Der Wind hatte sich augenblicklich, Endlich trat der Junge den Heimweg an. Da riß ein heftiger Windstoß ihm den Schirm aus den Händen. Tanzend und purzelnd lief er davon. Peter in Herzensangst immer hinterher.

Der Schirm trieb zum Schwänmetzsch und schaukelte er auf dem bewegten Wasser. Dann sog sich der Stoff voll Wasser. Der Schirm versank, schließlich sah man nur noch die hölzerne Krücke als winziges Pünktchen auf den Wellen schaukeln.

Peterchen war vom Regen pitschnaß geworden. Dann trat er betrubt den Heimweg an. Alles tat ihm leid: Daß er das Mädchen nicht getroffen hatte, daß der Schirm verschwunden war und daß der opa nun wohl sehr traurig sein würde. Aber gelogen hat er nicht. Das war das Beste an seinem ganzen Abenteuer. Die Mutti aber hat ihren nassen Jungen sofort gewaschen und wieder ins Bett gesteckt. Einmal zur Straße, um anders aber, daß er seine Erklärung davontragen sollte. Irng. Spelber.

Rätsel

Ich weiß ein kleines, festes Haus; Was drinnen ist, kann nicht heraus; Es ist im engen, dunkeln Ort. Schon lange Zeit verschlossen dort. Da ist nicht Tür, nicht Fensterleib, Und niemand schlechter zu ihm ist. Zerbricht sein Haus man mit Gewalt, Verspeist man es auch sicher bald.

„Schmeckt allen Kindern!“ Vater dreimal so alt als der Sohn sein?

Nah und fern Ich bin ein kleiner Teil von dir, Auch hat mich jedes Stoppertier, Mein Vater ist 40, sein Sohn ist 10, Und niemand schlechter zu ihm ist, Ich bin ein kleiner Teil von dir.

Ein Vater ist 40, sein Sohn 10 Jahre alt. Nach wie vielen Jahren wird der Vater dem Sohn gleich sein?

Ich bin ein kleiner Teil von dir, Auch hat mich jedes Stoppertier, Mein Vater ist 40, sein Sohn ist 10, Und niemand schlechter zu ihm ist, Ich bin ein kleiner Teil von dir.

Zonenkonferenz der Gewerkschaften

Kommuniké der Wahlkommission der UdSSR

Auf der zweiten Sitzung der ersten Zonenkonferenz der Freien Gewerkschaften, an der 833 (539 Mitglieder der KPD, 252 der SPD, 2 der CDU, 1 der LPD, 12 Parteilose und 27 noch unbekannter Parteizugehörigkeit) demokratisch gewählte Vertreter von rund 2 Millionen Werktätigen, sowie 150 Gastdelegierte teilnahmen, hielt der Kollege Hans Jendretzky eine richtunggebende Rede, deren Veröffentlichung wir heute beginnen. Als Vertreter der Christlich-Demokratischen Union begrüßte Jakob Kaiser die Konferenz.

Jakob Kaiser erklärte u. a.: Das Schicksal, das Hitler dem deutschen Volk bereitet, hat im weitesten Maße die Besitzunterschiede beseitigt. Und wo noch Besitz ist, der über das sozial zu rechtfertigende Maß hinausgeht, da wird er so oder so herangezogen werden, um die Existenz des gesamten Volkes auf eine tragbare Grundlage zu stellen. Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch wir, die Männer der Union, die ihre Politik durch das christliche Gesetz bestimmt sieht, durch die schaffende wirtschaftliche und soziale Grundlage als eine sozialistische gestaltet sehen wollen.

Der Sozialismus, den wir verwirklicht sehen möchten, ist ein vom christlichen Verantwortungsgelübde diktiertem Sozialismus. Die stichtliche Verantwortung für das künftige Leben und die künftige Aufgabe unseres Volkes, die uns Richtschnur für unsere Politik ist, läßt aus der Not unseres Volkes heraus gar keine andere Lösung mehr zu.

Ich mache diese Ausführungen, um euch

die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft aus einem weiten Gebiet unseres Landes, wissen zu lassen, daß sich der Kreis der deutschen Männer und Frauen, die sich zu einem praktischen Sozialismus bekennen, um ein Beträchtliches erweitert hat. Und das ist gut.

Wir tun jetzt die ersten Schritte auf dem Wege der Einheit. Sie bedeutet uns, der christlichen Arbeiterschaft, das Bekenntnis zum schlossenen Willen, an der sozialistischen Gestaltung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung zu halten. Wir arbeiten mit euch zusammen. Die Gewerkschaften können selbstverständlich politische Bedeutung zu. Auch von wirtschaftlichen und sozialen Mächten und Kräften, wie sie die Gewerkschaften darstellen, geht politische Wirkung auf das Leben des Volkes aus, gehen entscheidende Gestaltungskräfte für das Leben des Staates aus. Alles, was an Organisationen lebt und atmet, hat seine politische Wirkung. Und die Gewerkschaften sind von hochpolitischer Wirkung und Bedeutung.

Die großen Aufgaben des FDGB

Kollege Jendretzky führte u. a. aus: In den historischen Potsdamer Beschlüssen ist die Schaffung von Freien Gewerkschaften verankert und eine große Verantwortung den freien Gewerkschaften übertragen. Die Möglichkeiten zu demokratischen Wahlen der Gewerkschaftsleitungen sind ohne jede Schwierigkeiten gegeben. Jedoch wissen wir, daß die Entwicklung der Freien Gewerkschaften in Deutschland noch sehr ungleichmäßig sind. Im Ruhrgebiet bestand bereits ein Bergarbeiterverband mit einer hohen Mitgliederzahl, der wieder aufgelöst wurde.

In einer Reihe von Gebieten Deutschlands bestehen Gewerkschaften. Sie sind aber auf städtischer Basis. Sie haben über den Aufbau und die Struktur ihrer Gewerkschaftsarbeit Material herausgegeben und wir haben Kenntnis genommen von diesem Material. Man kann darin sehr deutlich sehen, daß der positive Gedanke der neuen Freien Gewerkschaften noch nicht Eingang gefunden hat. Die neue Rolle der Freien Gewerkschaften in Deutschland als Folge der veränderten Stellung der Werktätigen im Prozeß des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ist noch nicht richtig begriffen. Dieser Erkenntnis, daß die Freien Gewerkschaften in Deutschland entscheidend Anteil am Neuaufbau unserer Wirtschaft haben. Beseitigung der vor 1933 vorhandenen Zersplitterung war das erste Gesetz, das wir erlassen mußten. Dieser Gedanke der Gewerkschaftseinheit hat gesiegt und mußte siegen, denn ohne diese Einheit der Gewerkschaften ist heute schon die Einheit Deutschlands nicht mehr denkbar. Deutschland braucht Frieden, Deutschland soll sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage einrichten. Und wenn es seine Anstrengung unablässig auf die Erreichung dieses Zieles richtet, wird es ihm möglich sein, zur gegebenen Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen. Leben es in der Potsdamer Beschlüssen, es sei eindeutig erklärt: Die neuen freien deutschen Gewerkschaften stehen nicht nur deswegen auf dem Boden der Potsdamer Beschlüsse und ihrer Verwirklichung, weil sie diese Schritte unternehmen, Vielmehr auch deshalb, weil es das heißt, daß Deutschland während der Besatzungszeit als ein einziges wirtschaftliches Ganzes zu betrachten sei.

Warum betone ich dies so stark? Nicht nur vom Gedanken des Erfahrungs-

ausstausches der gewerkschaftlichen Arbeit her, sondern auch deswegen, weil wir heute, daß sich gewisse reaktionäre Kräfte auf Zonenwanderung befinden und glauben, ihre Monopolvereinigungen, mit denen sie breite Schichten der Bevölkerung ausaugen, die Arbeiterschaft zu ihren fluchtunwürdigen Kriegsverbrechen vorzubereiten und durchführen zu können, neu aufzubauen.

Es könnte die Frage gestellt werden, ob die Gefahr einer Restauration besteht.

Ich möchte diese Frage bejahen!

Einige Beispiele, die bekannt sind, sollen dies zeigen: Im AEG-Konzern ist besonders rühlig ein Bauart Spannrat, hat ausgedehnte Beziehungen nach dem Westen. Sein Hauptvertriebsorgan ist Geheimrat Bucher, der in Hamburg sitzt, ist der ehemalige Pp. und AEG-Direktor Köhn. Dieser Herr Spannrat erklärte in einer Sitzung der AEG-Zentral-

Kampf der faschistischen Reaktion

„Auf uns allen lastet doch das Drama, das wir nicht haben. Aber der Friede ist ohne die Mitwirkung der Arbeiter nicht zu sichern.“

Diese Gefahr der faschistischen Reaktion hat auch die Delegation des Weltgewerkschaftsbundes klar gesehen. Das Mitglied der Delegation, T. A. S. o. w. vom Zentralrat der Sowjetgewerkschaft, stellte die Frage:

„Welchen Kampf führen die Gewerkschaften gegen den Faschismus in der Arbeiterklasse? Wer stellt ihnen Hindernisse dabei in den Weg?“

Und J. O. u. a. z., der Vorsitzende der französischen Gewerkschaften, sagte:

„Wir wissen sehr genau über die Versuche der Konzernvertreter Bescheid, sich den Beschlüssen zur Vernichtung der Konzerne zu entziehen. Das sind dieselben Leute, die den ersten Weltkrieg finanzierten, es sind die gleichen Leute, die Hitler und den zweiten Weltkrieg finanzierten und sie werden, wenn wir sie nicht hindern, einen dritten Weltkrieg finanzieren.“

Und Citrine, der Präsident des Weltgewerkschaftsbundes, erklärte:

„Deutschland galt schon einmal als Bollwerk der Gewerkschaftsmitglieder. Nun müssen die Gewerkschaftsmitglieder des

verwaltend am 7. Januar 1946 u. a.: „Der Konzern soll den Potsdamer Beschlüssen „angepaßt“ werden (!), die AEG muß aber erhalten bleiben, wenn wir auf die Dauer noch die AEG haben und uns auf dem Weltmarkt betätigen wollen.“

Der Fall Schwab-Telefunken war auch mit der AEG verbunden. Dieser Direktor, kein offizielles Mitglied der Nazi-Partei, hatte in Wort und Schrift während des Krieges das Hitlerregime verherrlicht. Bei einer Besprechung des Betriebsausschusses mit der Direktion erklärte er, daß er sich dem Amerikaner gegenüber müßten sich entscheiden, ob sie lieber zusammenarbeiten wollen mit Leuten, die ihre Pflicht getan haben; mit sogenannten Kriegsverlängerern, oder aber mit den damaligen Saboteuren und Deserteuren.“

Nehmen wir das Beispiel der Blaupunkt-Werke (Bericht-Büch-Konzern). Die aus Berlin geflüchtete schwerbetriebl. Arbeitsleitung zieht in Hildesheim in den Anlagen der Triliks-Werke neue Blaupunkt-Apparatebau G. m. b. H. auf, und hat enge Beziehungen zu Spannrat, Schwab, Bucher, Hamburg.

Einige Daten des techn. Direktors Dr.-Ing. Paul Gerz: Wehrwirtschaftsführer / Reichskultursekretär / Aufsichtsrat Deutsche Bank / stellv. Leiter des Hauptauschusses Wehrmacht und allgemeines Gerät im Munitionsm. Ministerium / Leiter des Sonderausschusses Rundfunk und Fernsehgerät / Leiter der Fertigungsgruppe Rundfunk in Wirtschaftsgruppe Elektroindustrie / Nach Besetzung Oslo kurz Zeit stellv. Leiter in seine Arbeit. In der Arbeit, er akte gegen Osele Bevölkerung / verantwortlich für schwere Mißhandlungen von ausländischen Zwangsarbeitern im Werk Schmargendorf.

Sie haben gezeigt, was sie können! Und jetzt werden wir Freien Gewerkschaften zeigen müssen, daß es so nicht mehr kommen kann und darf und wird. Im Interesse der arbeitenden Menschen, im Interesse der deutschen Nationen, im Interesse Deutschlands und der ganzen Welt!

Bei unserer Begegnung mit dem Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, Louis S. a. i. l. a. n. t., als dem ersten Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes, war es wohl der größte Lebensmoment, als wir die Hände gaben, doch neben diesem Händedruck der Solidarität war das wichtigste Wort, das gesprochen wurde, als er erklärte:

Weltbundes Beweise dafür haben, daß nicht nochmals eine Enttäuschung eintritt kann!“

Das ist eine große Aufgabe des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, sich das Vertrauen der Welt zurückzugewinnen.

In der Plattform über die Grundsätze und Aufgaben des FDGB ist der Rahmen gegeben worden, in welchem die wichtigsten Prinzipien dargelegt sind. Es waren in ihnen die großen Gesichtspunkte enthalten:

1. Sicherung der Betriebe vom Faschismus,
2. Die Aufgaben des FDGB in der Wirtschaft,
3. Verbesserung der Arbeitsbedingungen,
4. Schulungs- und Kulturaufgaben des FDGB,
5. Sicherung der Einheit in den Betrieben.

Diese Plattform wurde bei der Vorbereitung der Delegiertenkonferenz in Betriebsversammlungen zur Diskussion gestellt und auf den Landeskonferenzen einstimmig beschlossen.

Diese Plattform fand auf diesen Konferenzen ihre praktische Ergänzung durch die positiven Berichte der Delegierten aus den Betrieben. Es bestätigte sich die Richtigkeit des Organisationsaufbaus nach dem Industrieprinzip.

Die Berichterstatter der Länder und Provinzen gaben sodann aufschlußreiche Berichte aus ihren Betrieben.

Wir berichten darüber morgen und bringen

Moskau, 12. Februar (TASS). Das von der zentralen Wahlkommission für die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR veröffentlichte Kommuniqué besagt, daß 1339 Wahlkreise eingerichtet worden sind, davon 682 Wahlkreise für die Wahlen zum Unionsowjet und 657 Wahlkreise für die Wahlen zum Nationalitäten-sowjet.

448 798 Wahlbezirke wurden innerhalb der Wahlkreise eingerichtet. Am 11. Februar sind vollständige Berichte von allen Kreiswahlkommissionen über die Anzahl der eingetragenen Wähler und über die Teilnahme der Wähler an den Wahlen eingegangen. Diesen Angaben zufolge waren 99 550 225 Wähler in allen Wahlkreisen registriert. Von diesen nahmen 99 076 353 Wähler, oder 99,5 Prozent der Gesamtzahl der registrierten Wähler, an den Wahlen teil. Im Laufe des 11. Februar zählten die Kreiswahlkommissionen die abgegebenen Stimmen.

Berichte der Kreiswahlkommissionen zufolge sind die Deputierten zum Obersten Sowjet in allen 1339 Wahlkreisen gewählt worden. Alle gewählten Deputierten zum Obersten Sowjet sind Kandidaten des Blocks der Kommunisten und Parteilosen. Am 14. Februar wird die zentrale Wahlkommission in der Lage sein die allgemeinen Resultate der Wahlen und die Liste der gewählten Deputierten zum Obersten Sowjet der UdSSR bekanntzugeben.

Provinz Sachsen ohne Arbeitslose

Für die Provinz Sachsen sprach Kollege Wolfram (Halle). Er führte u. a. aus: Obwohl Magdeburg, Halberstadt und Dessau durch den Hitlerkrieg stark zerstört wurden, hat die Provinz nicht so schwer gelitten. Die Wirtschaft ist in Gang gebracht.

Arbeitslose kennen wir nicht, im Gegenteil, uns gibt es 70 000 Facharbeiter. Zwei Industriezweige sind für uns entscheidend: Bergbau und Chemie. 70 v. H. aller Braunkohle der Sowjetzone kommt jetzt aus der Provinz Sachsen. Dadurch konnten wir einen wertvollen Beitrag zur Überwindung des Engpasses Steinkohle liefern.

Die Lokomotiven fahren heute mit Braunkohle, und in der Energieerzeugung wird die Braunkohle mehr und mehr die Rolle spielen. Aber unsere Bergarbeiter leisten auch das Menschennögliche. Wir haben im Braunkohlenbergbau etwa 75 v. H. der Friede-Produktion erreicht; unbeschädigte Werke sogar 100 v. H.

Im Kaliberbergbau arbeiten wir angestrengt an der Verorgung der Landwirtschaft mit Kali. Um den Kupferbergbau auf volle Touren laufen zu lassen, fehlt es uns leider an Koks. Den Eisenbergbau in der Lage sein wir sofort an laufen lassen, wenn wir Absatzmöglichkeiten hätten. Das klingt lächerlich. Aber wir haben keine großen Hüttenbetriebe in der Sowjetzone, die uns die 60 000 Tonnen Eisen aus dem Jahr verhütten können. Ein paar Stunden entfernt, im Bereich der Hütten, liegen diese Hüttenwerke. So taucht für uns in der Koks- und Eisenerzfrage das Problem des baldigen Interzonenverkehrs auf.

Unsere Metallbetriebe haben wir auf die Herstellung landwirtschaftlicher Geräte umgestellt. Auch unsere Sorge ist die von Transport. Die Mitarbeit der Betriebsräte macht gute Fortschritte. Leider vermissen wir bei den Männern öfter das Verständnis, den Frauen für gleiche Leistung auch gleiche Löhne zuzubilligen. Im September hatten wir im FDGB 280 000, heute haben wir 320 000 Mitglieder. Je 60 Kuristen werden hier vierzehn Tage lang Kursist.

Jeder Hammerschlag ein Schlag für den Wiederaufbau

Gesicht blickte und für irgend etwas Dankbarkeit gegen sie empfand. Sie saß auf dem Fußboden vor ihr, das Mädchen aber hatte den Kopf gesenkt und lächelte nachdenklich.

„Die Eltern verloren?“ wiederholte sie. „Das ist nicht so schlimm! Mein Vater ist ein roher Mensch, mein Bruder ebenfalls. Und ein Saufier. Meine ältere Schwester ist unglücklich. Sie heiratete einen Mann, der viel älter war als sie, sehr reich, stumpfsinnig und habgierig. Um meine Mutter tut es mir leid! Die ist gerade so einfach wie Sie, so klein wie eine Maus, lieb ebenso schnell und hatte immer Angst. Manchmal möchte ich sie gern sehen!“

„Sie armes Ding!“ meinte die Mutter und schüttelte traurig den Kopf. „Das Mädchen war schnell den Kopf hoch und streckte die Hand aus, als stieße sie etwas von sich fort.“

„O nein! Ich fühle oft solche Freude, solches Glück!“

Ihr Gesicht wurde blaß, und ihre blauen Augen flammten hell auf.

Sie legte die Hände auf die Schultern der Mutter und sagte mit tiefer Stimme leise und eindringlich:

„Wenn Sie wüßten... wenn Sie verstanden, an welch großem Werk wir arbeiten, wie ein Elend! Ich fühle mich nicht reger sich in dem Herzen der Frau. Sie erhob sich vom Fußboden und sagte traurig:

„Ich bin schon zu alt dafür, zu ungebildet.“ Pawel redete immer häufiger und mehr, disputierte immer eifriger und sah immer schlechter aus. Es schien der Mutter, daß, wenn er mit Natascha sprach, er sie anah, seine strengen Augen freundlich glänzten, seine Stimme weicher klang und sein ganzes Wesen einfach wurde.“

„Das gebe Gott!“ dachte sie und lächelte. (Fortsetzung folgt)

Die Mutter

ROMAN VON MAXIM GORKI

erschienen im Jahre 1907

8. Fortsetzung
„Sie machte sich am Tisch zu schaffen, räumte das Geschirr ab, war zufrieden und schwitzte sogar infolge angenehmer Erregung, — kurz, sie freute sich, daß alles so schön geworden war und so friedlich geendet hatte.“
„Das haßt du gut gemacht, Pawluscha!“ sagte sie. „Der Kleinherr ist sehr lieb, und das Fräulein... Ach, ist die klug! Wie ist sie eigentlich?“
„Lehrerin!“ erwiderte Pawel kurz, im Zimmer auf- und abgehend.
„Ach, so! Deshalb ist sie arm. Sie ist schlecht gekleidet, ach, so schlecht! Da kann man sich schon erkälten! Wo wohnen ihre Eltern?“

„In Moskau“, sagte Pawel, blieb vor der Mutter stehen und fügte ernst und halblaut hinzu:
„Weißt du, ihr Vater ist ein reicher Mann, Eisenhändler, hat mehrere Häuser. Wenn sie aber diesen Weg betreten hat, hat er sie verstoßen. Sie ist in warmer Behaglichkeit erzogen. Sie hatte alles, was sie wollte. Und jetzt muß sie sieben Werst mitten in der Nacht allein!“

Die Mutter war überrascht. Sie stand mitten im Zimmer und blickte schweigend, mit verwundertem Stirnrunzeln auf ihren Sohn. „Dann fragte sie leise:

„Gibt sie in die Stadt?“

„Ach! Und sie hat keine Angst!“
„Denk dir mal — die hat keine Angst!“ erwiderte Pawel lächelnd.
„Aber warum?... Sie könnte doch hier über Nacht bleiben, bei mir schlafen!“

„Das geht nicht! Wenn sie morgen früh jemand hier sieht, wäre es für uns nicht gerade angenehm.“

„Nein! Ich blicke nachdenklich durch das Fenster und fragte leise:

„Ich verstehe nicht, Pawel, was denn dabei gefährlich und verboten ist? Ihr tut doch nichts Böses?“

Sie war ihrer Sache nicht ganz sicher und wollte von dem Sohne eine bestätigende Antwort hören. Er blickte ihr ruhig in die Augen und erklärte ihr fest:

„Wir tun nichts Böses, und trotzdem winkt uns allen in der Ferne das Gefängnis. Dessen müßt du dir schon bewußt sein!“

Ihre Hände zitterten, mit versagender Stimme sagte sie:

„Vielleicht gibt Gott, daß es doch gut abläuft?“

„Nein!“ sagte der Sohn freundlich. „Ich kann dir nichts vormachen, es läuft nicht gut ab.“

Er lächelte.
„Geh zu Bett, du bist müde. Gute Nacht!“

Sie als allein war, trat sie zum Fenster, blieb da stehen und blickte auf die Straße. Draußen war es kalt und frühe. Der Wind blies, wehte den Schnee von den Dächern der kleinen, schlafenden Häuser, stürmte gegen die Mauern, flüsterte eifrig vor sich hin, fegte über die Erde und trieb weiße Wolken trockener Schneeflocken die Straße entlang... „Jesus Christus, erbarm dich unser!“ flüsterte die Mutter leise.
Aus ihrem Herzen rief immer neues Weh aus, und gleich einem Nachschmetterling huschte und zitterte in ihr die Vorahnung des Unheils, über das ihr Sohn so ruhig und sicher sprach. Vor ihren Augen lag die weiße, schneebedeckte Ebene. Kalt, mit scharfem Pfeifen jagte der Wind weiß und zottig gegen ihn... Mitten in der Ebene schreiet schwankend eine kleine, schlanke Mädchengestalt einsam vor-

